

# **DACH DES EINWOHNERMELDEAMTES BESETZT Keine Daten für die BUNDESWEHR**

Seit 12:00 halten AktivistInnen der Kampagne „Wir.Dienen.Deutschland.Nicht.“ das Dach des Einwohnermeldeamtes in der Leinstraße besetzt. Gleichzeitig haben sich weitere Menschen vor dem Einwohnermeldeamt versammelt um ihre Solidarität mit den BesetzerInnen zu zeigen. Das Dach des Einwohnermeldeamtes wurde besetzt, um gegen die jährliche Weitergabe der Daten aller 17-Jährigen an die Bundeswehr zu protestieren.

Im Jahr 2011 wurde die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt. Seit diesem Zeitpunkt bekommt die Bundeswehr die Meldedaten um weiter Rekruten zu gewinnen.

Denn die Kriegseinsätze der Bundeswehr sind unbeliebt, die Mehrzahl der Bevölkerung lehnt sie ab. Die Zahl derjenigen, die bereit sind als Freiwillige zu dienen nimmt ab.

Die Bundeswehr reagiert darauf unter anderem mit einer Verdreifachung des Propagandaetats, diese soll mit Hilfe der Daten so zielgenau wie möglich an den Mann und an die Frau gebracht werden. Die von dieser Datenweitergabe Betroffenen haben zwar ein Recht auf Widerspruch - aber dieses Recht ist faktisch eine Farce: Denn die Betroffenen wissen weder, dass ihre Daten weitergegeben werden, noch dass sie dies verhindern können.

Während die Grünen und die SPD im Falle des amerikanischen Geheimdienstes NSA nicht müde werden, das RECHT auf informationelle Selbstbestimmung zu betonen, so ist Ihnen dies im Falle der Weitergabe der Daten an die Bundeswehr bisher völlig egal.

Der Sprecher der Stadt Hannover hat im Juli 2012 noch selbst zugegeben, dass die meisten BürgerInnen von der Weitergabe der Daten nichts wissen. Wir fügen hinzu: geschweige denn von ihrem Recht auf Widerspruch.

Geändert hat sich seitdem nichts.

Das ist zwar skandalös – aber angesichts der alltäglichen Kumpanei der Stadt Hannover mit der Bundeswehr keine Überraschung.

Die Stadt feiert lieber ihre Patenschaft mit der 1. Panzerdivision als sich im Interesse der Menschen mit dem Militär anzulegen.

Die BesetzerInnen fordern ein Ende der Datenweitergabe an die Bundeswehr.

Bis dahin muss die Stadt Hannover dafür sorgen, dass die Betroffenen faktisch ein Recht auf Widerspruch haben. Die Betroffenen müssen vor der Datenweitergabe direkt gefragt werden, ob sie damit einverstanden sind oder nicht.

**Unterstützen sie die BesetzerInnen des Einwohnermeldeamtes**

**Rufen sie an bei der Stadt Hannover :**

- **Dezernat Recht und Ordnung – 0511-16845973**
- **Fachbereich Recht und Ordnung 0511-16843191**

**Antimilitaristischer Ratschlag Hannover**

**wir.dienen.nicht@gmx.de**